



ZDF-Reportage über “Ehrenmorde” in Jordanien



Im ZDF-

Auslandsjournal vom 14.7. wurde über sogenannte Ehrenmorde in Jordanien berichtet, denen dort jedes Jahr 20 bis 30 Frauen zum Opfer fallen, wobei die Dunkelziffer weitaus höher liegen dürfte.

Im [Begleittext](#) heißt es zur Sendung:

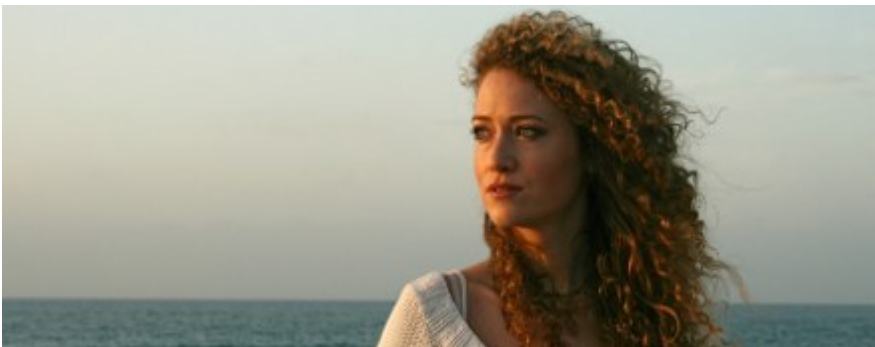
Weil Angehörige durch den Lebensstil der Frauen und Mädchen ihre Familienehre beschmutzt sehen, greifen sie zur Waffe. Ein falsches Gerücht, ein verschrieener Job oder schlicht ein zu moderner Lebenswandel wird so schnell zum Todesurteil. Den Beschuldigten bleibt nur die Flucht und die Angst ums Leben. Die Täter hingegen kommen, sofern sie überhaupt verurteilt werden, oft schon nach wenigen Jahren wieder auf freien Fuß.

Dafür hätte das ZDF-Team eigentlich gar nicht nach Jordanien reisen brauchen...

(Videobearbeitung: Antivirus)



„Support von außen ist wie Luft zum Atmen“



PI traf sich vergangenen Dienstag in Tel Aviv zum Interview mit der internationalen PR-Botschafterin für Israel, [Melody Sucharewicz](#) (Foto). Melody spricht fließend englisch, hebräisch, deutsch, französisch sowie italienisch und versucht, insbesondere den Menschen in Europa mit wasserdichter Argumentation, sympathischer Offenheit und lebendigem Charme, das wahre Gesicht Israels zu zeigen. In Deutschland wurde sie vor allem dadurch bekannt, dass sie den sogenannten Nahostexperten, Peter Scholl-Latour, mit klugen und kompetenten Argumenten [in Bedrängnis brachte](#).

Melody, was halten Sie von Benjamin Netanyahu?

Politiker befinden sich in keinem Vakuum. Sie stehen immer unter politischem Druck und im Falle Israels, dazu noch unter geo-politischen Gefahren. Netanyahu steht unter dem Druck der Koalition nach rechts. Netanyahu ist mit Herz und Seele bei der Sache, das geht klar und deutlich aus seinem Interview mit Larry King hervor – nach dem Treffen im Weißen Haus mit Barack Obama. Er will Frieden für Israel und steht zur Idee eines palästinensischen Staates.

Hätte eine andere Regierung besser auf die Gaza-Flottilla reagiert?

Ein politischer Anführer ist kein Avatar, den man sich aus idealen Eigenschaften und Übermächten zusammenbasteln kann, den idealen Premierminister gibt es nicht. Neben Netanyahu gibt es nicht viele wirkliche Alternativen. Die politische Spitze in Israel ist nicht ideal, aber sie kämpft mit kompliziertesten Umständen.

Was halten Sie von der Gründung eines Palästinenserstaates?

Ein Palästinenserstaat wäre ein Vorteil für beide Seiten, die meisten Menschen in Israel wünschen den Palästinensern ihren eigenen Staat, aus welchen Beweggründen auch immer. Jede Alternative führt zur Katastrophe für den jüdischen Staat.

Fatah und Hamas bekämpfen sich. Ist die Lösung überhaupt praktikabel?

Das ist ein Problem. Ein Abkommen zwischen Abbas und Netanyahu wäre möglich, wenn Abbas sich zum direkten Gespräch bereit erklärt, aber die Hamas würde es nicht akzeptieren. Eine Zwei-Staaten-Lösung wäre erst mal wohl nur in der Westbank praktikabel. Aber Gaza wäre immer noch unverändert – eine Gefahr für Israel und für die dortigen Palästinenser – also keine wirkliche Lösung. In der Theorie wäre eine wirtschaftliche Föderation zwischen Westbank, Israel und

Jordanien durchaus denkbar. Der Gegensatz des legitimen, wirtschaftlich aufstrebenden Palästinenserstaates zum Terrorregime in Gaza, wo eine riesige Misere herrscht, wäre immens, das ist er bereits. Ob das den Palästinensern im Gaza-Streifen die Entschlossenheit und die Kraft geben würde, die Hamas und seinen Terror an der eigenen Bevölkerung zu entschärfen?

Es geht bei der Blockade gegen Gaza nicht um eine kollektive Bestrafung, wie es einige ‚Menschenrechtsorganisationen‘ gerne darstellen. Es geht darum, eine Terrorbasis zu verhindern, die Bedrohung für israelische Zivilisten einzuschränken. In diesem Terrorregime gibt es nur Diktatur und Unterdrückung. Im Gazastreifen gibt es eine islamische Sittenpolizei. Christen werden ermordet, wenn sie nicht zum Islam übertreten. Fatah-Mitglieder werden gelyncht, aber das scheint die ‚Menschenrechtler‘ nicht zu interessieren. Die Misere im Gazastreifen ist nicht Resultat israelischer Politik.

Solange die Hamas weiter als iranisches Proxy fungiert, die Existenz Israels nicht akzeptiert, und fordert, dass die Scharia über die Welt herrscht, ist eine Lösung undenkbar.

Obwohl manche zweifelhaften Medien und NGOs es gerne so darstellen, ist Israels Gaza-Politik alles andere als ‚imperialistisch‘ motiviert – wozu hätte sich Ariel Sharon sonst 2005 die Mühe gemacht, aus dem Gaza-Streifen abzuziehen? Die Koexistenz zwischen Juden und Muslimen klappte übrigens gar nicht schlecht, bis einige Fundamentalisten mit Eigeninteressen eingriffen, allen voran Mufti Al Hussein. Er veranlasste Pogrome gegen Juden und ging eine Koalition mit den Nazis ein. Dieses Bündnis war der Anfang des bis heute noch andauernden Konflikts.

Was halten Sie von der Israel-Politik von US-Präsident Barack Obama?

Obama war mit seiner Politik bisher nicht besonders effektiv.

Seine Strategie des Paradigmawechsels hin zum Appeasement hat noch keine Erfolge gebracht, sich aber gleichzeitig kontraproduktiv auf die Beziehung zu Israel ausgewirkt. Obamas Antrittsrede in Kairo enthielt einige Andeutungen, die problematisch waren. Er hat vielleicht sogar ungewollt die Bedeutung des Holocaust für die Juden mit der Bedeutung der israelischen Staatsgründung 1948 für die Palästinenser gleichgesetzt. Gerade für die Hauptzielgruppe der Kairo-Rede ist das eine so gefährliche wie absurde Verharmlosung. Sie dient radikalen Elementen in der arabischen Welt zur Legitimierung des Kampfes gegen Israel. Ursprung dafür ist vermutlich eine Mischung seiner ‚Sozialisierung‘ in den Nahostkonflikt durch fragwürdige ‚Agenten‘ wie seinen Ex-Pastor und Mentor Jeremiah Wright, mit seiner deklarierten Appeasement-Politik der moslemischen Welt gegenüber.

Aber das letzte Treffen zwischen Obama und Netanyahu war gut und gibt Grund zum Optimismus. Es sieht danach aus, als sei Obamas Haltung gegenüber Israel und damit sein Einfluss auf den Konflikt erfrischend konstruktiv.

Wie schätzen Sie die iranische Bedrohung ein?

Die iranische Bedrohung ist ernst. Israel, Europa und die USA können sich kein nukleares Ayatollah-Regime unter Ahmadinedschad leisten. Der diplomatische Dialog darf nicht Ziel in sich selbst werden. Wenn er zu nichts führt – und danach sieht es momentan kräftig aus – muss umdisponiert werden.

Ob ein militärischer Eingriff Israels in Frage kommt? Es kommt als letzte Option alles in Frage, sollte Israels Existenz ernsthaft bedroht sein, und das ist sie mit einem nuklearen Iran. Wir hoffen, dass es nicht dazu kommt.

Die Ambitionen des Ayatollah Regimes sind ja immerhin transparent. Für den Iran sowie für die Hamas und alle anderen Fundamentalisten ist die Vernichtung Israels nur ein

Zwischenziel. Weltfrieden kommt für diese ‚Lunatics‘ erst, wenn die Scharia auf der ganzen Welt herrscht, dann können die Christen und die Juden als Untergebene in Frieden mit den Moslems leben.

Was sagen Sie zum Beschluss des deutschen Bundestages, Israel habe die Gazablockade aufzuheben?

Wie viele andere war ich baff. Die Zitate der Parlamentarier haben mich auch gewundert. In erster Linie war da eine Menge Selbstzufriedenheit über den ungewohnten Zusammenhalt aller vier Fraktionen. Ob das ein konstruktiver Beitrag für den Nahost Konflikt ist? Leider nein. Es stärkt die Hamas und sämtliche radikale Gruppen, die die ‚photogene‘ Situation der Palästinenser im Gaza-Streifen instrumentalisieren, um Israel zu delegitimisieren. Das schafft weder Frieden, noch Freiheit für die Palästinenser. Diese Resolution ist wohl durch das übliche Informationsvakuum entstanden: Israel performt nicht schnell und gut genug, wenn es darum geht, die Realität widerzuspiegeln. Ein jeder Bundestagsabgeordneter, der im Helikopter über der Mavi Marmara gesessen und gesehen hätte, wie ein Mob von 40 Terroristen mit Eisenstangen und Messern auf die israelischen Soldaten los gegangen ist, wie die Soldaten erst den Schießbefehl bekommen haben, als drei von ihnen halb tot gelyncht waren, wenn der selbe Abgeordnete auch das zahlreiche Video-Material gesichtet hätte, in dem Mitglieder des türkischen Mobs mit breitem Lächeln und leuchtenden Augen ihr Ziel in dieser Fahrt deklariert haben, nämlich endlich als Schahid für Allah zu sterben, dann wäre es vielleicht nicht zu dieser Resolution gekommen.

Ähnlich ist es mit der sofortigen Aufforderung, die Blockade des Gaza-Streifens zu beenden. Das ist leicht gesagt, wenn man im friedlichen Deutschland lebt und noch nie von Kassam-Raketen oder blutrünstigen Selbstmordattentätern besucht wurde. Kritik, vor allem von Israels Freunden wie Deutschland, ist wichtig – wenn sie konstruktiv, fair und auf detaillierten, ausgeglichenen Fakten basiert. Ich bezweifle,

dass all diese Kriterien in der hiesigen Resolution erfüllt wurden. Sie fordert zum Beispiel wiederholt die Verbesserung der humanitären Lage in Gaza, nicht aber die Freilassung von Gilad Schalit oder zumindest die Verbesserung seiner ‚humanitären Lage‘ durch Zugang des Roten Kreuzes. Hinzu kommt die Frage, warum der Bundestag von allen außenpolitisch relevanten Geschehnissen sich gerade so stark auf Israels Gaza-Politik konzentriert.

Könnte Israel das Informationsvakuum beheben, indem noch stärker dokumentiert wird und noch mehr Beweise für die Wahrheit gesammelt werden?

Selbstverständlich. Das Vakuum ist unser Defizit. Israel muss sich auch politisch dem Youtube-, Facebook- und Twitter-Zeitalter anpassen, in dem Informationen in Sound Bites verpackt in Lichtgeschwindigkeit um die Welt kreisen. Leider ist die Echtheit der Inhalte dadurch auch kompromittiert – dieses Zeitalter ist das Paradies der Propagandisten. Nicht aber der einzigen westlichen Demokratie, die seit ihrer Existenz nonstop mit ernststen geo-politischen Gefahren konfrontiert ist. Die Priorität der israelischen Regierungen war immer die militärische Verteidigung des Staates und der Schutz der Zivilbevölkerung. Dass der Medienkrieg eine strategisch nicht mindere Gefahr ist, kommt jetzt so langsam an. Das ist ein stark verspäteter Paradigmawechsel, aber ein unbedingt nötiger.

Noch fehlt es in Israel an einer Infrastruktur, die relevante Videos, Bilder und Informationen durch gute Sprecher proaktiv vermittelt. Hinzu kommt, dass Israel als demokratischer jüdischer Staat seine moralischen Standards nicht aufgeben darf, um bei der öffentlichen Meinung zu punkten. Niemals wird Israel Fotos seiner von Hamas-Terror zerstümmelten Kinder ‚verkaufen‘ oder wie die Hisbollah Regie führen mit Kindern und Frauen, die immer wieder als ‚frisch erschossene‘ Komparsen posieren. Zum Glück wird das niemals der Fall sein. Ein Beispiel für den zynischen Gebrauch von Menschenleben für

Hass-Propaganda ist die [Geschichte von Mohammed al Dura](#).

Die Realität steht auf der Seite Israels, sie muss nur übermittelt werden. Das heißt nicht, dass jede politische Entscheidung die richtige ist, man muss sich aber über den Kontext im Klaren werden, in dem diese Entscheidungen getroffen werden. Ich bin in München aufgewachsen und weiß, wie schwer es ist, sich aus diesem grünen, sauberen, friedlichen Paradies heraus vorzustellen, was es bedeutet, von islamistischen Terrororganisationen umzingelt zu sein. Erst wer einen blutrünstigen Terror-Anschlag in unmittelbarer Nähe erlebt hat oder einmal um sein Leben in den Bunker rennen musste, kann die irrwitzige Situation verstehen, in der Israelis leben und in der israelische Regierungen seit über 60 Jahren agieren.

Warum nimmt man zu Ereignissen, wie zur Erstürmung der Gaza-Flottille, nicht gleich ausländische Journalisten mit?

Ausländische Journalisten werden manchmal aus Sicherheitsgründen nicht mitgenommen. Auf der Flottille waren ausländische Journalisten mit dabei, aber – weil man sie nicht gefährden wollte – so platziert, dass sie nicht sehen konnten, was oben auf dem Schiffsdeck passiert.

Bei anderen Staaten wird nicht so extrem auf mögliches Fehlverhalten geachtet.

Ja, im Sudan werden Hunderttausende Menschen von Islamisten abgeschlachtet, aber die Menschenrechtler verlieren kein Wort darüber, ähnlich wie bei der Verfolgung der Bahai oder der Verstümmelung der Frauen im Iran. Die ‚Menschenrechtler‘ sagen dazu kein Wort. Ist das nicht eine Perversion der Realität? Aber die Notwehr von israelischen Soldaten, die gegen eine Bande von Dschihadisten gerade noch ihr Leben retten konnten, führt zum weltweiten Eklat. Israel, o Israel, wie konntest du nur? Ähnlich mit dem UNO-Menschenrechtsrat, dessen vorurteilgetriebene Israel-Obsession nur kontra-produktiv ist,

dabei wäre der Rat ein so wichtiges Gremium.

Werden pro-israelische Demonstrationen – in Deutschland beispielsweise – in Israel überhaupt wahrgenommen?

Pro-Israel-Demos werden in Israel noch nicht genügend wahrgenommen. Bei der [Israeldemo am 13. Juni in Berlin](#) habe ich unglaublich rührende Worte gehört. Menschen, die wirklich selber lernen, die sich Wissen aneignen und die Situation verstehen, die Israel als einzige Demokratie im Nahen Osten mit Herz und Verstand supporten, sind extrem wichtig – für Israel wie für Deutschland. In Zeiten wie diesen fühlen sich die Menschen in Israel trotz aller Stärke nicht nur militärisch bedroht, sondern auch durch die öffentliche Meinung. Ich wünschte, jeder Israeli würde wissen, welchen Support beispielsweise PI Israel bietet. Und ich sage das nicht, um zu schmeicheln: Die moralische Unterstützung durch das systematische Aufdecken von Fakten durch PI ist bemerkenswert. Denn Israel ist so bedroht wie unverstanden.

Das größte Verbrechen der obsessiven und uninformierten Israel-Kritiker ist, dass sie nur noch mehr polarisieren. Statt dass sich europäische Studentengruppen zusammentun, um einen echten Beitrag zu leisten, zum Beispiel durch Förderung von Verständnis zwischen israelischen und palästinensischen Studenten, lassen sie sich von Propaganda-Kampagnen instrumentalisieren, die Frieden zur unerreichbaren Utopie machen. Die einfachste Lösung ist hier eben keine. Der Großteil der europäischen Jugend hatte den Luxus, in totalem Frieden aufzuwachsen. Mit diesem Luxus kommt aber auch Verantwortung, beispielsweise sich konstruktiv einzusetzen und von außen Brücken zu bauen, statt sie zu zerschmettern.

Welche Frage, die Sie schon lange gern in einem Interview beantworten würden, habe ich Ihnen auch heute wieder nicht gestellt?

Ja, es gibt so eine Frage: Wie Israel wirklich ist und was ich

daran so liebe.

Wie ist Israel? Was lieben Sie an Israel?

Das ist eine Kombination von Dingen, die das Leben im Alltag zu einer Inspiration machen. Ich bin in München sehr privilegiert aufgewachsen. Ich hatte tolle Freunde, war auf einer guten Schule, lebte in Frieden und kannte keine Probleme. Seit ich Israel kennengelernt habe – und das hat nicht mal was mit Zionismus zu tun – habe ich mich in Israel verliebt. Ich liebe das Mittelmeer trotz der gegenwärtigen Qualleninvasion (Paul, hol deine Leute zurück!). Ich liebe Jaffa, diese osmanische Perle, und finde auch das Zusammenleben mit israelischen Arabern spannend.

Ich bin aufgewachsen mit einem selbst erstellten Bild von Israel als kleines Paradies. Seit ich hier lebe, mit den schmerzhaften Erlebnissen der 2. Intifada, Kriegen und der ständig drohenden Gefahr, bröckelt diese Paradiesvorstellung und erscheint fast schon zynisch. Mein größter Wunsch ist es, dieses an Lebenslust, Kreativität und Innovation explodierende Israel in totalem Frieden zu erleben, als das Paradies, das ich von klein auf im Herzen trage. Dazu gehört die Freilassung von Gilad Schalit. Auf dem Weg dorthin ist Support von außen, wie die Arbeit von PI, für uns hier wie ein Lebenselixier, wie Sauerstoff zum Atmen.

Melody Sucharewicz, wir danken Ihnen sehr herzlich für dieses Gespräch. Wir wünschen Ihnen und Israel alles Gute und Gottes Segen.

(Fotocredit: Metin Cherasi)

Hamburgs Sozialsenator für Erlebnis-„Strafen“



Hamburgs Sozialsenator Dietrich Wersich (Foto, CDU) will statt [Märchenbuch](#) und [Musik](#) die Erlebnispädagogik wieder einführen. Nein, nicht etwa für gut integrierte, sozial unauffällige Jugendliche! Sondern für Gewalttäter, [Mörder wie Elias A.](#). Da wird sich der grüne Koalitionspartner aber freuen!

Die MoPo [berichtet](#):

Dabei hatten seine Parteifreunde Segeltörns für Straftäter früher massiv kritisiert. Dazu plant Wersich Hartz-IV-Kürzungen für ältere Täter.

„Wir brauchen pädagogische Angebote, um junge Täter aus ihrem Milieu zu holen“, so Wersich, der Teil der ‚Sonderkommission Gewalt in der Öffentlichkeit‘ ist.

Jahrelang hatten die Konservativen sozialdemokratische Politiker regelrecht angefeindet, wenn jugendliche Intensivtäter nach Sizilien, Skandinavien, Neuseeland oder Irland geschickt wurden: Dies sei eine Belohnung und keine Strafe, so die Begründung. Negativbeispiele wie das von Crash-Kid Dennis, der auf Reisen in Polen oder Dänemark weiter Autos klappte, bestimmten die Schlagzeilen. Kaum an der Macht, wurde die Praxis von CDU und Schill-Partei abgeschafft.

„Es geht nicht um Lustreisen“, sagt jetzt Wersich. „So jemanden wie Elias A. muss man aus seinem Umfeld holen, um ihn überhaupt zu erreichen.“ Klar ist Wersich aber auch, dass dies vielen in der CDU Probleme bereitet.

Auf mehr Gegenliebe dürfte der zweite Wersich-Vorstoß gegen die grassierende Gewalt stoßen. Denn Wersich will älteren Prüglern, die häufig von Hartz IV leben, die Stütze streichen – wenn sie nicht an Anti-Gewalt-Trainings teilnehmen!

Jugendliche, die unauffällig leben, sind selbst schuld. Ihnen finanzieren den Urlaub nur die Eltern und nicht der Staat.

(Spürnase: Der 13. Apostel)

Terror gegen Soldatenfamilien

☒ Hinter der weinerlichen Betroffenheitsmiene manches Gutmenschen steckt eine hässliche Fratze. Die subtile Hetze von Medien und linksgrünen Politikern gegen Soldaten, die im Auftrag des Parlaments im Auslandseinsatz sind, werden vom Fußvolk bereits in handfesten Terror unterhalb jeder moralischen Messlatte umgesetzt. Jetzt kommen unglaubliche Details über die Friedensaktivitäten deutscher Menschenfreunde ans Licht.

Der [FOCUS berichtet](#):

Bei der Verabschiedung von knapp 20 Soldaten aus der Clausewitz-Kaserne in Nienburg an der Weser seien deren Gesichter auf für die lokale Presse bestimmten Fotos unkenntlich gemacht worden, berichtete die „Mitteldeutsche Zeitung“ vom Dienstag unter Berufung auf das

Bundesverteidigungsministerium. Der örtliche Kommandeur habe dies damit begründet, dass entweder in die Wohnungen der Soldaten eingebrochen werde, während sie nicht da sind, oder aber Familienmitglieder anonyme Anrufe erhalten, wonach ihre Angehörigen in Afghanistan gefallen seien, obwohl dies gar nicht zutreffe.

Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums sagte, dies komme immer wieder vor. Auch würden Soldaten oder deren Angehörige vereinzelt angepöbelt. Die Bundeswehr sei deshalb dazu übergegangen, die Anonymität der Soldaten im Auslandseinsatz grundsätzlich zu wahren. So würden öffentlich nur ihre Vornamen genannt und die Gesichter auf Fotos unkenntlich gemacht. Darüber hinaus würden Informationen über Tod und Verwundung immer persönlich überbracht und nicht via Telefon, um Falschinformationen auszuschließen.

Der Wehrbeauftragte des Bundestages, Hellmut Königshaus, sagte: „Solche Fälle gibt es.“ Neben gewöhnlichen Einbrechern seien „Wirrköpfe“ und „angebliche Antimilitaristen“ am Werke, die zynisch mit den Gefühlen von Angehörigen spielten und eine gezielte Strategie der Verunsicherung betrieben. In diesen Kreisen werde auch zu Trinkgelagen eingeladen, wenn Soldaten gefallen seien – unter dem Motto: „Feste feiern, wie sie fallen“.

Die politischen Wirrköpfe fallen allerdings nicht vom Himmel, sondern rekrutieren sich ohne große Scham in der sogenannten Antifa wie auch in den Jugendorganisationen von GRÜNEN, Linkspartei, DKP, SPD und DGB. Es beginnt mit Schreierei gegen Gelöbnisse und endet im blanken Terror – unter dem wohlwollenden Nicken der politischen Drahtzieher in den höheren Etagen der üblich verdächtigen Parteien. Auch wenn Linkspopulisten wie Sebastian Edathy (SPD) sich angesichts der neuesten Enthüllungen mit feiner Witterung [für das politisch noch Zumutbare jetzt betroffen geben](#), müssen sie sich doch fragen lassen, was sie inhaltlich geleistet haben, um

innerhalb der eigenen Jugendorganisationen, die Werte, für die unsere Soldaten stehen, zu verteidigen. Wann hat denn der parteieigene Moralapostel den Sinn der Bundeswehr oder des Einsatzes in Afghanistan vor JUSOS zu vermitteln, wenn diese zum Protest gegen Gelöbnisse oder antiamerikanischen „Friedensdemonstrationen“ aufriefen?

Der MDR hatte bereits vor drei Wochen auf das Problem aufmerksam gemacht und dabei sorgfältig darauf geachtet, dass verräterische Logos, etwa der Linkspartei oder dieser nahestehender Organisationen, auf den gezeigten Flugblättern weder zu sehen sind, noch Verantwortliche genannt werden:

PI-Leser sind dagegen schon lange über die Aktivitäten des inneren Feindes informiert:

- » [Kein Frieden in der Heimat](#)
- » [SED-Plötz verhöhnt unsere Gefallenen](#)
- » [Kunduz: Fünfte Kolonne mordet mit](#)
- » [Soldaten stehen hinter Oberst Klein](#)
- » [Eklat im Bundestag: Linke provoziert Rauswurf](#)
- » [Soldat in deutschem Bus angegriffen](#)
- » [dpa: Frei erfundene Zitate gegen Bundeswehr](#)

(Spürnasen: pmKnecht, Denker, Niven, Jo, Franz, Foto oben: Kommunisten stören einen Gottesdienst für Soldaten in Köln)

Einladung nach Gaza



Das ist neu für die neue FDP: Man kann Politik statt mit lautem Bellen auch mit Intelligenz gestalten: Die israelische Regierung, die eigentlich den Sündenbock für das Fischen der

absteigenden FDP im alten arabophil-antisemitischen Müllemanntümpel geben sollte, dreht den Spieß kurzentschlossen um. Die FDP war den Israelis böse, weil sie dem deutschen Entwicklungsminister Dirk Niebel, der sein Ministerium für überflüssig hielt, bis er es selbst übernahm, die Einreise nach Gaza verweigert hatte – so wie fast allen ausländischen Politikern seit Bestehen der Blockade.

Niebel, der als erster Politiker seit 1945 die Protektorate wieder mit angemessener Kopfbedeckung bereist (*Foto*), hatte Israel darauf lauthals beschimpft. Sein Chef Westerwelle darf jetzt selber kommen und sich umsehen.

Europäische Außenminister, darunter auch Guido Westerwelle, sollen jetzt kennen lernen, worüber sie stets gute Ratschläge zu geben bereit sind. Israel lädt die Herren nach Gaza ein. Allerdings gibt es nicht die erwünschte Propagandashow der Hamasterroristen, sondern eine trockene Konfrontation mit Tatsachen, mit denen sich in der heißgelaufenen Diskussion in Deutschland wenig medienwirksam punkten lässt. Der [SPIEGEL berichtet](#):

Israel hat europäischen Außenministern einen Besuch im Gaza-Streifen angeboten. Sie sollen sich ein Bild von der humanitären Situation der Palästinenser in dem Gebiet machen. Das Angebot unterbreitete der israelische Außenminister Avigdor Lieberman seinem italienischen Amtskollegen Franco Frattini bei einem Besuch in Rom, wie das italienische Außenministerium am Freitag erklärte.

Israel hatte vergangene Woche angekündigt, die international kritisierte Blockade des Gaza-Streifens zu lockern. Lieberman lud demnach auch seinen deutschen Amtskollegen Guido Westerwelle sowie die Außenminister Frankreichs und Großbritanniens ein. In Israel gab es keine offizielle Stellungnahme. Westerwelle bestätigte aber die Einladung und sagte, er habe das Angebot angenommen. Er habe lange mit Frattini telefoniert, sagte der Außenminister in Bukarest.

Deutschland begleite die schrittweise Öffnung des Gaza-Streifens positiv. Die israelische Regierung schultere mit dieser Entscheidung innenpolitisch Einiges, sagte Westerwelle. Es handele sich um eine sehr gute und sehr positive Entwicklung, zu der Europa einen Beitrag geleistet habe.

Mit dem „positiven Beitrag“ sind vermutlich die Drohungen des Parteifreundes Niebel gemeint, der in seiner Eigenschaft als Bundesminister für Überflüssiges Israel drohte, es sei „5 vor 12“, obwohl die Verweigerung der Einreise vorhersehbar war:

Die Regierung in Jerusalem hat seit der Machtübernahme der radikalislamischen Hamas im Juni 2007 bis auf wenige Ausnahmen keine Minister oder Diplomaten anderer Länder in den Gaza-Streifen reisen lassen. Ausnahmeregelungen galten aber für Uno-Generalsekretär Ban Ki Moon sowie für die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton.

Die Regierung in Jerusalem widerspricht Berichten von Palästinensern und Hilfsorganisationen, wonach es eine humanitäre Krise im Gaza-Streifen gebe. Davon sollen sich die Außenminister selbst überzeugen, hieß es in Berichten.

Das Programm dürfte nicht allen geladenen Gästen schmecken, denn statt potemkinscher Hungerdörfer droht eine sachliche Information über die tatsächlichen Lebensverhältnisse auf beiden Seiten der Grenzbefestigung:

Die Tageszeitung „Jerusalem Post“ berichtete, die Delegation solle während ihres Besuchs keinerlei Gespräche mit der im Gaza-Streifen herrschenden Hamas-Organisation führen. Geplant sei auch ein Besuch der israelischen Grenzstadt Sderot, deren knapp 20.000 Einwohner besonders schwer unter dem jahrelangen Raketenbeschuss militanter Palästinenser gelitten haben.

Darüber hinaus sollen sich die Außenminister in der israelischen Hafenstadt Aschdod informieren, wie die

internationalen Hilfsgüter überprüft werden.

Soviel Sachinformation wird bitter für Westerwelle. Aber wer sich beim Schwätzen erwischen lässt, muss eben nachsitzen. Schade dass sein Parteifreund, der überflüssige Minister, diesmal nicht mit darf.

Süddeutsche: Wilders schuld an Antisemitismus



[Wie PI berichtete](#) werden in Amsterdam wegen der zunehmenden Übergriffe auf Juden nun Polizisten als sogenannte „Lockjuden“ eingesetzt, um die Täter noch vor Ort festnehmen zu können. Die *Süddeutsche Zeitung* schafft es mit Verdrehungen und Weglassungen, Täter und Opfer auszustauschen und auch sonst zu überraschenden Ergebnissen zu kommen.

Zunächst kommt in der [Süddeutschen](#) einer der Betroffenen zu Wort:

Ronny Naftaniel, Direktor der niederländischen Stiftung Information und Dokumentation Israel, weiß: „Leute, die eine Kippa oder einen typisch jüdischen Hut trugen, sind bespuckt und beschimpft worden, ein paar Mal wurde der Hitlergruß gezeigt.“ Die Feindlichkeit gegenüber anderen Religionen und

Nationalitäten sei spürbar, Naftaniel spricht von einer „generellen Atmosphäre“ und „einer eher destruktiven öffentlichen Debatte. Er hält die Pläne der Stadt deshalb für eine „phantastische Idee“: „Niemand sollte Angst haben müssen, sich durch seine Kleidung öffentlich zu einer Religion zu bekennen.“

Dann zeigt die *Süddeutsche Zeitung* auf, wer alles zu den Opfern gehört:

Doch nicht nur Juden werden auf offener Straße angegangen, es trifft auch Homosexuelle, Muslime oder andere Minderheiten.

Den ein oder anderen Leser mag dies nun überraschen, da in der oben genannten Berichterstattung durch PI nicht von Muslimen als Opfer die Rede war. Doch nicht nur PI hat die Muslime nicht zu den Opfern der laut *Süddeutschen* als „Ausländerfeindlichkeit“ eingeordneten Gewaltakte betrachtet. Vielmehr ist auch im entsprechenden Artikel der [Presse](#) von Muslimen ausschließlich als Tätern die Rede. Ebenso in dem der [Krone](#). Auch die [Financial Times Deutschland](#) konnte anders als die *Süddeutsche* unter den Opfern keine Muslime ausmachen. Eine vollständige Erhebung konnte nicht erfolgen. Aber nach den bisherigen Ergebnissen dürfte klar sein, dass die deutschsprachige Presse im erschreckenden Ausmaße islamophob ist – einzig (bislang bekannte) rühmliche Ausnahme: Die *Süddeutsche* ist an der Seite der muslimischen Opfer.

Auch bei den Ursachen hat die *Süddeutsche* einen einzigartigen Ansatz:

Die Niederlande galten zwar lange als Vorbild für eine funktionierende Multikulti-Nation. Doch die jüngsten Wahlerfolge des Rechtspopulisten Geert Wilders zeigen: Der gute Ruf hat Kratzer bekommen. Wilders setzt sich für einen Einwanderungsstopp aus nichtwestlichen Staaten ein. Jeder sechste Niederländer stimmte bei den Parlamentswahlen im Juni

für seine „Partei für die Freiheit“ und ihr islamfeindliches Programm.

Damit ist klar: Geert Wilders hat gegen den Islam gehetzt, mit der Folge, dass nun – da als einzige nicht unter den Opfern – einheimische Christen im Rahmen ihres Ausländerhasses Juden, Homosexuelle und Muslime verprügeln. Das aufgrund von Wilders zunehmend nationalistisch gefärbte Klima hat weitere Opfer. Darunter eins, von dem man diesen Zusammenhang nicht vermutete hätte. Daher also ohne Auslassung weiter im Text der Süddeutschen:

Das passt zum zunehmend nationalistischen Klima im Land. Symbol dieser Stimmung ist der Mord an dem Filmemacher Theo van Gogh geworden. Der Regisseur war vor sechs Jahren von einem islamischen Fundamentalisten erschossen worden.

Wir lernen daraus: Wilders schaffte ein nationalistisches Klima. Wie schlimm es dabei kam, kann man an dem Mord an van Gogh erkennen. Die *Süddeutsche* zeigt daher auf, wie Wilders ein solches Klima schaffen konnte:

Gut fünf Prozent der 16 Millionen Niederländer sind Muslime, die meisten kommen aus der Türkei und Marokko. Etwa 20 Prozent der Einwohner sind eingewandert, in Amsterdam stammt sogar die Hälfte der 765.000 Bürger nicht aus den Niederlanden, 20.000 Juden leben hier.

Mit solchen Zahlen schürt Geert Wilders Ängste, illustriert von Geschichten über Gewalt und Kriminalität in sogenannten Problemvierteln.

Nur wer nun wirklich keine Ahnung von Geert Wilders hat, wird ihm unterstellen, die Einwohnerzahl von Juden im Wahlkampf genutzt zu haben – schon gar nicht, um irgendetwas zu schüren. Nach Ansicht der *Süddeutschen* vermögen die Wähler von Wilders nur gemäß ihrer Emotion Angst zu wählen, die der PVV-Politiker

mit „Geschichten“(!) über Gewalt und Kriminalität illustriert. Also alles nur erfunden und eingebildet – wenn man der *Süddeutschen* folgen wollte. Aus irgendeinem Grund muss man aber gegen die „Geschichten“ dennoch etwas unternehmen:

In so einem ist die Idee der polizeilichen Lockvogel-Aktion entstanden: Im Amsterdamer Stadtteil Slotervaart, einem Viertel mit besonders hohem Migrantenteil.

Die Idee stammt – wie PI bereits berichtete – von Geert Wilders, der dieses Mittel der Strafverfolgung erstmal in Bezug auf die homosexuellen Opfer vorschlug. Doch weiter mit der Ursachenforschung à la *Süddeutsche*:

Hier ist auch Theo van Goghs Mörder aufgewachsen. Hier, so scheint es, werden Opfer der ausländerfeindlichen Stimmung zu Tätern: Junge Muslime pöbeln Juden an, spucken, werden auch schon mal handgreiflich. Der sozialdemokratische Stadtrat Ahmed Marcouch hält diese Situation für „inakzeptabel“, wie er auf seiner Homepage schreibt.

Der gebürtige Marokkaner hat früher selber als Polizist gearbeitet und war Bezirkspräsident des Viertels. Marcouch ist für sein hartes Vorgehen gegen Hangjongeren, herumlungernde Jugendliche, bekannt. In einem Schreiben appelliert er an die Verantwortlichen: „Ich meine, Sie sollten alles tun, um die Peiniger, die Verbrecher zu bekämpfen. Von mir aus setzen Sie ‚Lockjuden‘ ein, tun Sie alles, um die Verbrecher zu fassen. Das ist eine ernste Angelegenheit, die nicht nur die jüdische Gemeinde angeht, sondern uns alle. Ein Angriff auf die Juden ist ein Angriff auf mich und auf uns.“

Doch wie kam Marcouch auf die Idee, dass aus den muslimischen Opfern der „Ausländerfeindlichkeit“ Täter wurden? Das ist der *Süddeutschen* unglücklicherweise entgangen. Doch die [Financial Times Deutschland](#) vermag die von der *Süddeutschen* offen

gelassene Lücke mit einer recht präzisen Beschreibung zu füllen:

Auslöser des plötzlichen Sinneswandels könnte eine Fernsehreportage vom Sonntag sein. Der jüdische TV-Sender Joodse Omroep begleitete den Rabbi Lody van de Kamp mit versteckter Kamera durch einige soziale Brennpunkte der Stadt – und filmte Schockierendes: Serienweise beschimpften arabisch aussehende Jugendliche den Rabbi, einer reckte gar die Hand zum Hitlergruß. „In extremistischen Kreisen gab es das auch schon vor einem Jahrzehnt, aber im Moment geschieht es auf der Straße, täglich“, sagt van de Kamp.

Und fährt mit einem Aspekt fort, der der *Süddeutschen* ebenfalls entgangen ist:

Tatsächlich scheint der Antisemitismus in den Niederlanden rapide zu wachsen. Nach einer Umfrage der Zeitschrift „Elsevier“ stößt beispielsweise jeder fünfte Lehrer in Großstädten beim Thema Holocaust auf Widerstand der Schüler.

Die *Süddeutsche* widmet sich lieber dem investigativen Journalismus:

Boer (Anmerkung, Sprecher der Stadt) dementiert auf Anfrage von sueddeutsche.de Agenturmeldungen, wonach die Zahl der Angriffe zugenommen haben soll. „Bei uns gibt es nicht mehr oder weniger Zwischenfälle als in anderen Großstädten.“

Während die *Süddeutsche* vorgibt, wissen zu wollen, ob es mehr Übergriffe gibt (Relation zu Vorjahren), lässt sie sich die Antwort geben, dass es in anderen Großstädten genauso sei. Mit einer irrelevanten Antwort will die *Süddeutsche* ihren Lesern also suggerieren, es sei alles in bester Ordnung, hat sich doch schließlich nichts verändert. Eigentlich bilden sich alle nur etwas ein und setzen jetzt aus Langeweile die sogenannten Lockjuden und Lockhomosexuellen ein.

Dagegen wählt die [Presse](#) ein völlig „ungewöhnliches Mittel“. Sie lässt die von ihr befragten einen Bezug zum letzten Jahr herstellen.

Nach Angaben von CIDI [Niederländischen Stiftung Information und Dokumentation Israel] haben derartige Angriffe in den Niederlanden deutlich zugenommen. Bei der Organisation „Meldpunt Discriminatie“ gingen 2009 allein für Amsterdam 41 entsprechende Meldungen ein – gegenüber 17 im Vorjahr. In den meisten Fällen werden derartige Attacken von Gruppen marokkanisch-stämmiger Jugendlicher verübt.

Führt man die Informationen aus dem Artikel der SZ und der Presse zusammen, ist in allen Großstädten der Niederlande die Zahl der Übergriffe um das knapp Zweieinhalbfache gestiegen. Und an all dem ist laut *Süddeutsche* Geert Wilders schuld, der ein nationalistisches Klima geschaffen hat, indem all dies passieren kann.

» redaktion@sueddeutsche.de

taz geschockt: Deutschland hat Grenzen



Die [taz](#) bemerkt erschüttert, dass deutsche

Behörden tatsächlich davon ausgehen, nicht jeder türkische Staatsangehörige werde nach einer Einreise wieder in sein Land zurückkehren. Deshalb werden so dringend benötigte Visa verweigert. Dies trifft auch Tan Morgül (Foto), was bei der taz kein Verständnis findet, da er doch so westlich orientiert ist, schon den ein oder anderen Artikel als freier Journalist geschrieben hat und als gefragter Aktivist der NGO-Szene bekannt ist. Zudem ist er vom „linken Fußballclubs St. Pauli“ begeistert.

Die taz schreibt:

Tan Morgül ist freier Journalist, allerdings kein Unbekannter. Er kann diverse Artikel vorweisen, er ist ein gefragter Aktivist der hiesigen NGO-Szene, gern gesehen auch bei Veranstaltungen der Heinrich-Böll- oder Konrad-Adenauer-Stiftung in Istanbul. Er ist der prototypische Vertreter des zivilgesellschaftlichen Dialogs, den die EU mit der Türkei so dringend intensivieren will. Doch für die Bearbeitung seines Antrages spielte das keine Rolle.

Man forderte ihn auf, Bankbelege, Kreditkarten und Auszüge aus dem Liegenschaftsamt vorzulegen, aus denen eine gesicherte Existenz und eine feste Verwurzelung in der Türkei hervorgeht, die auf eine „Rückkehrbereitschaft“ schließen lassen. Er habe schließlich kein regelmäßiges Einkommen nachweisen können.

Natürlich ist es viel wichtiger, dass ein so dialoggeschulter linker Journalist nach Deutschland einreist als Tante Aysun aus Ankara. Besonders gemein ist die Tatsache, dass die Mitarbeiter des Konsulats nicht in den vom taz-Autor vorgegebenen Bahnen denken:

Nun reist Tan Morgül als Journalist und politischer Aktivist häufig ins Ausland, in den letzten Jahren auch in Schengen-Staaten. An seiner Rückkehrbereitschaft gab es bislang keine Zweifel. Das französische, italienische oder schwedische

Konsulat hatten ihm mehrmals Visa erteilt, was für die deutschen Bearbeiter klar aus seinem Pass hervorging. Es folgten mehrere, immer unerfreulicher werdende Besuche in der Visastelle, doch bis zuletzt schien es so, dass seinem Antrag stattgegeben würde.

Der sture Beamte mag sich doch tatsächlich gefragt haben, wie groß die Bindung an sein Heimatland ist, wenn er sich „als politischer Aktivist“ derart viel im Ausland aufhält und dank seiner Tätigkeit als freier „Journalist“ in der Türkei offensichtlich nichts verdient. Doch die taz findet es unverschämt, dass dem zum Dialog in Deutschland benötigten politischen Aktivist ein eigenes Einkommen abverlangt und indirekt auch Deutschkenntnisse unterstellt werden.

Am Tag seines geplanten Abfluges war sein Pass immer noch nicht da. Das Konsulat schickt die Pässe gewöhnlich per Kurierdienst zurück. Um den Vorgang zu beschleunigen, fuhr Tan selbst zum zuständigen UPS-Büro. Statt eines Visums erhielt er dort lediglich ein deutschsprachiges Ablehnungsformular, auf dem die Punkte, „kein gesicherter Lebensunterhalt“ und „die Informationen über den Zweck der Reise seinen unglaubwürdig“, angekreuzt waren.

Doch dafür kann man der taz attestieren, dass sie sich – wie es ihrer Übung entspricht – nicht von der Ausrede ablenken lässt, dies sei ein Einzelfall. Auch von anderen Türken wird tatsächlich (eigenes) Einkommen abverlangt. Und die Beamten haben auch so gar kein Gefühl für das Höhere, wagen sie es doch tatsächlich ins Gesetzbuch zu blicken, selbst wenn Kulturschaffende uns anlässlich der viel zu selten gewordenen Dialogversuche besuchen wollen. Aber es kommt noch schlimmer: Deutsche Behörden lassen keinen Missbrauch zu!

Da die deutsche Visastelle einen so schlechten Ruf hat, holen sich viele Türken und Türkinnen, die eigentlich nach Deutschland wollen, ein Visum bei den Franzosen, Griechen

oder Italienern, weil es dort viel schneller und unproblematischer geht. Doch obwohl ein Schengen-Visum für alle Schengen-Staaten gültig ist, kann auch das danebengehen.

Es ist in den letzten Monaten mehrfach vorgekommen, dass türkische Besucher im Flughafen München festgehalten und sogar zurückgeschickt wurden, weil sie ein französisches und kein deutsches Visum hatten. Begründung: Man müsse sein Visa für das Hauptreiseland beantragen. Wären die Reisenden über Paris nach München gekommen, hätte es keine Probleme gegeben.

Da lassen sich die Besucher unseres Landes nun schon einmal etwas einfallen, um unsere Einreisebestimmungen zu umgehen und dann zeigen sich die Bürokraten von der undankbaren Seite. Doch Rettung ist scheinbar nahe, die deutsche Bundeskanzlerin tritt einmal mehr für allzu berechnete Interessen ein. Nur leider nicht für die der Deutschen – insofern keine wirkliche Nachricht. Doch müssen die armen Türken nun erleben, was für uns Alltag ist: Merkel verspricht gerne, ohne es zu halten.

Was derzeit vor allem unter Künstlern, Schriftstellern und Journalisten beklagt wird, ist unter türkischen Geschäftsleuten ein Dauerthema. Es gibt kaum eine offizielle Begegnung – zuletzt im März während des Besuchs von Kanzlerin Merkel – bei der nicht über die restriktive Visavergabe für Geschäftsleute diskutiert wird. Die Kanzlerin versprach sich dafür einzusetzen, dass regelmäßiger Visa erteilt würden, die für ein oder mehrere Jahre gültig sind. Doch da hatte sie wohl zu viel versprochen.

Das deutsche Konsulat in Istanbul räumt ein, dass es bei Ablehnungen von Visumsanträgen zu Fehlentscheidungen kommen kann. Immerhin werden 10% abgelehnt, wobei pro Jahr durch das Konsulat in Istanbul alleine 70.000 bis 100.000 Visa ausgestellt werden. Man kann tatsächlich von einer Vielzahl von Fehlentscheidungen ausgehen, nutzen doch „Touristen“ die „einmalige“ und „kurzfristige“ Einreise zur Begründung eines

dauerhaften Aufenthalts. Doch diese Fehlentscheidungen sind vernachlässigenswert, ist doch jede Zuwanderung – auch in unsere Sozialsysteme – eine Bereicherung. Dramatisch sind selbstredend nur Entscheidungen, die für den Betroffenen negativ sind, da dabei Interessen Deutschlands berücksichtigt werden.

Aus irgendeinem Grund verlangt die EU vor der Aufhebung der Visumpflicht für Türken doch tatsächlich die Einführung biometrischer Pässe, die Bereitschaft der Türkei zur Rücknahme von Flüchtlingen, die illegal über ihr Staatsgebiet in die EU einreisten und den effektiven Schutz der türkischen Außengrenzen. Warum die EU es nicht davon abhängig macht, dass Türken nicht mehr in so großer Zahl bei uns Asyl beantragen, weil sie die Lebensbedingungen in der Türkei trotz [Sonne, Mond und Sterne](#) für unzumutbar halten, erschließt sich allerdings nicht.

Doch schon die wenigen Forderungen der EU sind derer zuviele, da man von einem Land nicht verlangen kann, dass es seine Grenzen überwacht. Daher müssen wir weiter mit dem Groll derer leben, die so gerne in dieses Land wollen und nicht dürfen.

Da nimmt die EU – und dabei allen voran die Bundesregierung – lieber in Kauf, dass gerade unter der westlich orientierten Intelligenz die Ablehnung der EU und der Groll auf Deutschland weiter wächst.

Deshalb muss nun Morgül in der Türkei bleiben, wenn er nicht auch den Weg wählt, die deutschen Einreisebestimmungen zu umgehen. Er sollte dann bloß nicht über den Flughafen München einreisen. Es besteht also Hoffnung, Morgül dennoch in Deutschland begrüßen zu können. Welche Zeitung würde wohl als erste für ein Bleiberecht plädieren, wenn es sich Tan Morgül im Laufe seines Aufenthalts doch einmal anders überlegen würde? Uns beschleicht eine leise Ahnung...

Deutschland agiert gegen Mossad



Weil er einen Bekannten, der vielleicht in den Anschlag auf ein führendes Hamas-Mitglied beteiligt war ([PI berichtete](#)), auf ein Amt begleitete, ist ein angeblich dem Mossad Angehöriger in Polen verhaftet worden. Deutschland – als Schutzpatron der Hamas – hat die Auslieferung des bösen Juden beantragt, um ihn abzustrafen.

Der SPIEGEL [berichtet](#):

Der Mossad-Mord an einem Hamas-Führer in Dubai sorgt für neue diplomatische Verwicklungen. Nach Informationen des SPIEGEL wurde ein mutmaßlicher Mittäter in Polen verhaftet. Deutschland drängt auf eine Überstellung – Israel interveniert.

Die polnische Polizei hat einen von Deutschland gesuchten mutmaßlichen Mossad-Agenten verhaftet und damit internationale Verwicklungen ausgelöst. Ende vorvergangener Woche nahmen Grenzbeamte den Mann fest, als er mit einem auf den Namen „Uri Brodsky“ ausgestellten Pass auf dem Warschauer Flughafen einreisen wollte.

„Brodsky“, der die israelische Staatsbürgerschaft besitzt,

steht im Verdacht, an den logistischen Vorbereitungen des Mordanschlags auf den Hamas-Funktionär Mahmud al-Mabhuh beteiligt gewesen zu sein. Er soll für den Mossad in Deutschland aktiv geworden sein und war deshalb von deutschen Ermittlern per Interpol zur Fahndung ausgeschrieben; nach seiner Festnahme erließ die Bundesanwaltschaft Haftbefehl.

Nach Erkenntnissen der Fahnder hatte er im Frühjahr 2009 einen weiteren mutmaßlichen Mossad-Agenten dabei begleitet, einen deutschen Reisepass beim Einwohnermeldeamt Köln zu beantragen. Mit dem auf den Namen „Michael Bodenheimer“ ausgestellten deutschen Pass war einer der mutmaßlichen Mörder in Dubai kurz vor dem Anschlag ein- und kurz danach wieder ausgereist. Ein mindestens 26-köpfiges Kommando des Mossad hatte den Hamas-Funktionär Mabhuh am 19. Januar in Dubai getötet, mehrere Agenten waren dabei von Videokameras gefilmt worden; dadurch flogen die Tarnidentitäten der Attentäter auf.

Der Anschlag löste internationale Empörung aus, Außenminister Guido Westerwelle (FDP) drängte auf Aufklärung.

Interessant, wie wir sogleich die Sprache der Linken und Guten übernehmen. Ist doch das Kennzeichen für „Mord“ die Tötung eines Menschen aus niederen Beweggründen, im Alltag – zumindest für MiHiGrus – kaum zu erreichen. Und bei uns darf sich schließlich nur so etwas Nobles [wie der iranische Geheimdienst](#) frei entfalte...

(Spürnase: davidgegoliath)

Ein Friedensaktivist berichtet



Im deutschen Zwangsfernsehen loben die kommunistischen Judenhasser die gute Atmosphäre, die nette Gesellschaft und den schönen Gesang auf ihrem Hilfsschiff nach Gaza. Einer der Mitreisenden, Ahmad Ibrahimi, islamischer Geistlicher und Leiter der algerischen Delegation bestätigt jetzt diese Berichte.

MEMRI-TV hat den Beitrag aus dem arabischen Fernsehen ins Englische übersetzt:

Einige Zitate des frommen Imam:

„Ich schwöre bei Allah, wir hatten keine Furcht vor diesen Brüdern von Schweinen und Affen (= Juden, Anm.v.PI)“

„Unser Hass gegenüber diesen Leuten (den Juden, Anm.v.PI) ist so intensiv, dass wir wünschten, Bomben zu sein und zwischen diesen Brüdern von Affen und Schweinen zu explodieren.“

„Ich glaube an das Prinzip, dass alle Ungläubigen eine Gruppe sind. Nichts Gutes kann von irgendeinem Ungläubigen kommen. Alle diese Leute haben Resolutionen verabschiedet, wie den Goldstone Report oder einige Regeln vom Gerichtshof in Den Haag, aber wenn es darum geht, sie anzuwenden, kann keiner von denen Israel auf seinen Platz verweisen. Wenn wir von

dem, was passiert ist profitieren wollen, müssen wir die islamischen Völker und die arabischen Nationen mobilisieren, weil die palästinensische Sache eine rein islamisch-religiöse Angelegenheit ist. Wenn Palästina befreit ist, wird sich die ganze Welt verändern. Wir wollen keinen palästinensischen Nationalstaat oder Grenzen. Wir wollen Palästina in seiner Gesamtheit (Anm.v.PI = einschließlich des gesamten israelischen Staatsgebietes).“

*„Die Palästinenser sagten zu uns: Habt keine Angst vor Ihnen (den Israelis, Anm.v.PI). Ihr werdet sehen, sie sind eine Mickymaus-Armee. Das erwies sich als wahr. Ich schwöre bei Allah, dass ich ihre Soldaten weinen sah! Bei Allah, wir sahen Zeichen von Urin und Kot an ihrer Kleidung!“
(Übersetzung ins Deutsche: PI)*

Wird [Gregor Gysi den neuen Freund und Weggefährten](#) der deutschen Kommunisten demnächst als Redner in den deutschen Bundestag einladen?

Die Namen und Gesichter der deutschen kommunistischen Verbrecher, die sich in Gesellschaft der Judenhasser amüsierten, sollte man sich gut merken:



V.l.n.r.: Matthias Jochheim, Annette Groth (SED), Norman Paech (SED), Inge Höger (SED) und Nader el Saqa.

Zuwanderung macht Deutschland dümmer



Wieder einmal spricht Thilo Sarrazin aus, was die meisten Leute nur denken oder allenfalls hinter vorgehaltener Hand sagen: Die von unseren PolitikerInnen zu verantwortende Zuwanderung macht das Land dümmer. Das liegt zum einen am niedrigen Bildungsgrad der Einwanderer und zweitens daran, dass diese so vermehrungsfreudig sind.

Die WELT [schreibt](#):

Deutschland droht wegen der Einwanderer nach Aussage von Bundesbank-Vorstand Thilo Sarrazin ins Hintertreffen zu geraten. „Wir werden auf natürlichem Wege durchschnittlich dümmer“, sagte Sarrazin bei den Arbeitskreisen Schule-Wirtschaft der Unternehmerverbände Südhessen.

Der 65-Jährige brachte dies mit Hilfe umfangreicher Zahlen in Zusammenhang mit Zuwanderern „aus der Türkei, dem Nahen und Mittleren Osten und Afrika“. Sie wiesen weniger Bildung auf als Einwanderer aus anderen Ländern. Sarrazin hat des Öfteren mit provokanten Äußerungen über Zuwanderer für Empörung gesorgt.

Weil bekanntlich nicht sein kann, was nicht sein darf. Und

Sarrazins Äußerungen passen nunmal gar nicht ins Bild des Mainstreams, der uns Zuwanderung als Bereicherung anpreist.

Einwanderer bekämen zudem mehr Kinder als Deutsche, sagte Sarrazin. Es gebe „eine unterschiedliche Vermehrung von Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlicher Intelligenz“, sagte der frühere Finanzsenator Berlins. Intelligenz werde von Eltern an Kinder weitergegeben, der Erbanteil liege bei fast 80 Prozent. Einige der Zuhörer reagierten mit einem Schmunzeln, erkennbare Unmutsäußerungen gab es nicht.

Oh ganz böse Sache, wo wir doch wissen, dass es nur [am Schulsystem liegt...](#)

(Spürnase: Stolze Kartoffel)

Warschauer Moscheebauer Ismail im Zwielficht



PI berichtete ([hier](#) und [hier](#)) wiederholt über die Islamisierung Polens. Jetzt deckt die zweitgrößte überregionale polnische Tageszeitung [Rzeczpospolita](#) auf, dass es Verbindungen der um Dialog™ bemühten polnischen Muslime zu Radikalen gibt. Besonders eng sollen die Verknüpfungen nach Deutschland sein.

Die linken Kämpfer für Toleranz verteidigten noch im März den geplanten Bau der Moschee in Warschau. Dabei griffen sie eine Behauptung des Chefs der „Moslemischen Liga in Polen“, Samir Ismail (Foto oben), auf. Danach solle die Moschee im Warschauer Stadtteil Ochota der Mittelpunkt des Gebetes, der Kultur und des Friedens werden. Dieser friedvolle polnische Bürger und Arzt Samir Ismail sei die Garantie dafür, dass die Moschee keine Kadenschmiede für – dem Islam völlig fremden – Islamisten und damit auch nicht deren Vorposten in Polen wird.

Samir Ismail gründete 2004 die „Moslemische Liga in Polen“, die Bauherrin der Moschee ist. Dabei gab er an, die Liga sei entstanden, um polnischen Muslimen, unabhängig von der islamischen Ausrichtung, eine Heimat zu bieten. Die Liga zog hauptsächlich die jüngst hinzugekommenen Auswanderer aus arabischen Ländern an. Darunter auch solche, die wie der Kinderarzt Samir Ismail, ebenfalls Ärzte sind. Ismail unterstreicht bei jeder sich bietenden Gelegenheit seine Loyalität zum polnischen Staat.

Die Journalisten der „Rzeczpospolita“ haben nun aufgedeckt, dass Ismail eng mit dem von der Münchner Staatsanwaltschaft verfolgten Walid Abu Shawarib zusammen arbeitet. So wirken beide in der [„Föderation Islamischer Organisationen in Europa“](#) (FIOE) mit, innerhalb derer Ismail den Vorsitz der „Erziehungsabteilung“ inne hat. Dem Dachverband FIOE gehören 28 Mitgliedsorganisationen aus der EU, der Türkei, Moldawien, Ukraine und Russland an. Die Föderation hat ihren Sitz in Brüssel, um von dort aus die Lobby-Arbeit einfacher betreiben zu können.

Die amerikanische Stiftung [„NEFA“](#), die seit dem 11. September 2001 Hintergründe terroristischer Organisationen aufdeckt und aufzeigt, stellt fest, die FIOE arbeite mit der pakistanischen Partei Jamaat-e-Islami zusammen ([hier ein Link](#) zu einem Bericht, der sich mit Jamaat-e-Islami und der FIOE beschäftigt). Diese setzte im Jahr 2005 60.000 Kronen für die Ermordung der dänischen Karikaturisten aus.

Ismail bestätigte auf Nachfrage der „Rzchpsopolita“, dass die „Moslemische Liga in Polen“ der FIOE untersteht. Er betonte dabei allerdings die kulturkreative Rolle und ihre gemeinnützige Tätigkeit der Föderation. Ismails Kollege Walid Abu Shawarib führt in Berlin ein Reisebüro. Er bietet bevorzugt Pilgerreisen nach Mekka an.

Shawarib, der aus dem Gazastreifen auswanderte, sah sich möglicherweise gezwungen, sich dieser Tätigkeit zuzuwenden, da die Münchner Staatsanwaltschaft einen umfangreichen Aktenbestand über ihn führt. Die deutschen Ermittler verdächtigen ihn der Verbindung zur Hamas.

Shawarib soll auch mit [Ibrahim El-Zayat](#), dem Guru der „Muslimbruderschaft in Deutschland“, eng zusammen arbeiten. Die Münchner Staatsanwaltschaft recherchiert unter anderem Geldtransfers von Europa an terroristische Organisationen in Nahost. Bei diesen sollen Shawarib und El-Zayat miteinander kooperiert haben.

In diesem Zusammenhang gibt es einen weiteren Verdächtigen: [Oguz Ücüncü](#). Er leitet die „[Europäische Moscheebau und Unterstützungsgemeinschaft e.V.](#)“ (EMUG). Die EMUG sammelt Geld für den Bau von Moscheen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat den Verdacht, dass dieser Verein zur Geldwäsche und zum Geldtransfer in den Nahen Osten genutzt wird.

Könnte El-Zayat ein Visionär sein? Im Jahr 1995 hat er ein Konzept für Deutschlands Zukunft aufgestellt. Darin schrieb er:

„Ich glaube nicht, dass es unmöglich ist, dass der Bundeskanzler im Jahre 2020 ein in Deutschland geborener und aufgewachsener Muslim ist, dass wir im Bundesverfassungsgericht einen muslimischen Richter oder eine muslimische Richterin haben... Dieses Land ist unser Land und es ist unsere Pflicht, es positiv zu verändern. Mit der Hilfe Allahs werden wir es zu unserem Paradies auf der Erde machen,

um es der islamischen Umma und der Menschheit insgesamt zur Verfügung zu stellen“.

Wer finanziert nun den Moscheebau in Warschau? Ismail weigert sich kategorisch, die Namen von Sponsoren zu nennen. Er behauptet, einer von ihnen sei eine reiche Person aus Saudi-Arabien. Die Namen würden auf einer Gedenktafel genannt – wenn die Moschee gebaut ist.

Die Journalisten befragen Dr. Ismail nach seinen Verbindungen mit Walid Abu Shawarib und nach seiner genauen Tätigkeit innerhalb der „Erziehungsabteilung“ in der FIOE. Dr. Ismail bat darum, ihm diese Fragen per E-Mail zu stellen. Diesem Wunsch kamen die Reporter nach – und erhielten keine Antwort.

Die Befürworter des Moscheebaus in Warschau hatten sich während der Auseinandersetzung um den Moscheebau stets in ihrer moralischen Überlegenheit gebadet. Nun dürfte es ihnen in ihrer Wanne allmählich heiß werden...

(Übersetzung: Slawek)

So wüten die Türken in Zypern



Wo der Islam an die Macht kommt, ist Schluss mit Multikulti, Diversität und Toleranz. Ob in Gaza, Libanon, Bosnien oder Kosovo: Zuerst gilt es, die Zeugnisse früherer Kultur und Zivilisation zu zerstören. Nichts darf daran erinnern, dass das für Allah eingenommene Land einst zivilisierte Besitzer hatte.

Im Nordteil Zyperns, der seit 1974 widerrechtlich von der Türkei besetzt gehalten wird, wüteten die Hoffnungsträger des halluzinierten Euroislam nicht anders als ihre Glaubensbrüder im Kosovo oder die Taliban, die die buddhistischen Zeugnisse in Afghanistan auslöschten. Das [Kölner Domradio berichtet](#):

Wenn der Papst in den Tagen seines Besuchs Zypern durchquert, fährt er vorbei an Dörfern mit großen Moscheen und verwitterten Kirchen. Von der einst blühenden christlichen Landschaft ist im international nicht anerkannten türkischen Teil Zyperns nicht mehr viel übrig. Doch die Kirche kämpft um ihre Kunstschatze.

Geblichen sind vor allem Spuren des Verfalls: Kirchen mit gekappten Turmkreuzen, teils einfach verlassen, teils in Scheunen oder Fabrikhallen umgewandelt. Gotteshäuser und Klöster des zyprischen Nordens wurden 1974 im Zuge des türkischen Einmarschs meist fluchtartig verlassen. „Es geht um etwa 550 orthodoxe Sakralbauten“, erklärt Ioannis Eliades (42). Seit der Direktor des Byzantinischen Museums von Nikosia als griechischstämmiger Zyperer wieder in den Norden reisen darf, in die Heimat seiner Kindheit, hat er die

meisten dieser Kirchen nach und nach aufgesucht. Und was er vorgefunden hat, treibt ihm bis heute die Tränen in die Augen.

„Fenster und Türen wurden ausgerissen, unsere Heiligtümer sind schutzlos dem Wetter ausgesetzt.“ Die Plünderer hätten sämtliche beweglichen Gegenstände geklaut: „Kelche, Weihrauchfässer, Ikonen – alles.“ Fresken und Mosaiken seien brutal herausgeschlagen worden. Eliades geht von insgesamt rund 20.000 geraubten Einzelstücken aus, die auf dem internationalen Schwarzmarkt gelandet sind.

Auch das zentrale Heiligtum Zyperns fiel Plünderern zum Opfer. Nahe der antiken Stadt Salamis, wo einst laut Bibel der Heilige Paulus an Land ging, liegt die Grabstätte seines Begleiters, des Zypern-Apostels Barnabas. Die wundersame Entdeckung des Grabes soll im 5. Jahrhundert die Unabhängigkeit der zyprischen Kirche als eigene apostolische Kirche begründet haben. Heute ist die Kirche Sankt Barnabas ein Museum - „und zwar ein schlechtes“, klagt Eliades. Tatsächlich sind Ikonen in buntem Durcheinander in dem ergrauten Kirchenraum aufgehängt – „ohne jegliche sakrale Ordnung“.

„Manchmal tätigen wir Scheinkäufe“

Einzelne der verloren geglaubten Kunstschatze hat das Byzantinische Museum inzwischen für die Kirche Zyperns zurückgewinnen können. Ursprünglich zur Bewahrung der wertvollsten Ikonen der Insel gegründet, ist seine wichtigste Aufgabe nun die Rückführung der geraubten Kunstschatze. „Es ist sehr schwierig, die Stücke auf dem Schwarzmarkt ausfindig zu machen“, erklärt der Direktor. „Manchmal tätigen wir Scheinkäufe, um den Tätern auf die Schliche zu kommen.“

Mit dieser Methode ist auch in Deutschland vor zwölf Jahren ein türkischer Händler aufgefliegen, in dessen Wohnung die Polizei rund 300 Kunstwerke fand – beziehungsweise deren

Reste. Allerdings hängt der Fall bis heute an einem Münchner Gericht fest, da nach deutschem Recht die zyprische Kirche nachweisen muss, dass sie der Eigentümer ist. „Vor 1974 haben wir leider keine systematischen Dokumentationen durchgeführt, weshalb die Beweisführung sehr schleppend vorangeht“, sagt Eliades.

Auf den Fall der „Geiseln in Deutschland“ wird auch der deutsche Papst bei seinem Besuch im erzbischöflichen Palast während seiner Zypernreise Anfang Juni aufmerksam gemacht werden: Das Museum wird eine kleine Sonderausstellung für den hohen Besucher zusammenstellen. „Natürlich hoffen wir, dass Benedikt XVI. sich mit seinem politischen Gewicht für unsere Rechte einsetzt“, sagt der Museumsdirektor. (...)

Das allerdings dürfte ein frommer Wunsch bleiben. Um ein deutsches Gericht zu bewegen, einen türkischen Verbrecher zu verurteilen, muss nach aller Erfahrung eine höhere Macht als der Papst intervenieren. Vielleicht würde es sein Chef schaffen. Aber sicher ist auch das nicht.

(Spürnase: Kölschdoc)



Marmara-Märtyrer

am

„Paradies“ gescheitert



Untersuchungen [haben ergeben](#), dass mindestens drei der an Bord der Mavi Marmara getöteten Türken bewusst den Tod als islamische Märtyrer gesucht haben. Ihnen kam das [Angebot der IHH](#) wie ein Geschenk des Himmels entgegen. Seit Jahren beteten sie zu Allah um eine Gelegenheit, nach „Palästina“ reisen und beim Judenmord sterben zu dürfen. Drei der israelischen Soldaten, die beim Betreten der Marmara überfallen wurden, hätten [als Geiseln genommen](#) werden sollen und beinahe dasselbe Schicksal erlitten wie Gilad Schalit, der sich immer noch in den Fängen der Hamas befindet.

Bei der Untersuchung des Schiffs wurden leere Patronenhülsen von Munition gefunden, die nicht der IDF gehört – die zugehörigen Feuerwaffen wurden nach Angaben des Kapitäns ins Meer entsorgt. Rückblickend ist es ein Wunder, dass nicht mehr Menschen ihr Leben verloren haben. Die IDF sind erleichtert: „Kein echter Friedensaktivist wurde verletzt und kein israelischer Soldat wurde getötet, auch wenn sie in einem Fall schon ziemlich nahe dran waren.“ In der Türkei nimmt der [Hass auf Israel](#) indessen stetig zu und die westlichen Medien tun größtenteils immer noch alles erdenklich Mögliche, die islamische Propaganda zu verbreiten und Israel im Licht des Bösen darzustellen.

We con the world...

Türkei: Bischof ermordet



Der Vorsitzende der katholischen Bischofskonferenz in der Türkei und apostolische Vikar für Anatolien, Bischof Luigi Padovese (Foto), ist heute in seinem Haus in Iskenderun ermordet worden. Das Verbrechen reiht sich in eine ganze Serie von Morden ein, der in den letzten Jahren Angehörige der christlichen Minderheit in der Türkei zum Opfer gefallen sind. [BILD berichtet](#):

Bischof Luigi Padovese (†63), Vorsitzender der Türkischen Bischofskonferenz und Apostolischer Vikar von Anatolien, ist in seinem Haus im südtürkischen Iskenderun erstochen worden.

Das bestätigte der Apostolische Vikar von Istanbul, Louis Pelatre, der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) in Istanbul. Soweit er gehört habe, sei die Tat von Padoveses Chauffeur verübt worden, fügte Pelatre hinzu. Details wisse er noch nicht.

Der in Mailand geborene Padovese, der dem Franziskanerorden angehörte, wurde 2004 von Papst Johannes Paul II. zum Apostolischen Vikar ernannt und empfing die Bischofsweihe. Zuvor war er Professor an der Franziskaner-Universität „Antonianum“ in Rom.

Er war für die rund 4500 Katholiken im Süden und Osten der Türkei zuständig. Als schreckliche und unglaubliche Tat hat der Vatikan den Mord in einer ersten Reaktion bezeichnet. „Wir sind entsetzt“ über die Nachrichten aus der Türkei, sagte Vatikansprecher Federico Lombardi vor Journalisten.

Dem türkischen Fernsehen zufolge wurde der Bischof von seinem Chauffeur erstochen. Aus Polizeikreisen hieß es, ein Verdächtiger sei bereits festgenommen worden. Die Motive der Tat sind noch unklar, doch die Attacke reiht sich ein in eine Serie von Angriffen auf Christen in der mehrheitlich von Muslimen bewohnten Türkei in den vergangenen Jahren.

2007 waren bei einem Überfall auf einen Verlag für christliche Schriften in der osttürkischen Stadt Malatya drei Menschen ermordet worden, unter ihnen ein Deutscher. Im Februar 2006 wurde ein italienischer Priester in der Schwarzmeer-Stadt Trabzon erschossen.

Erinnert sei auch an den Tod eines in der Türkei lebenden Deutschen, der aus religiösem Hass von einem türkischen Moslem in der Nähe einer christlichen Kirche in Istanbul ermordet wurde.

Gefängnis - Horror **wegen**
Beleidigung Allahs



Der 38-jährige Schweizer Dieter Glauser (Foto) war auf Strandurlaub in Ägypten. Aus Neugier und Langeweile wollte er auf einen Abstecher ins [berühmte Jordanische Petra](#). Doch statt in der verlassenen Felsenstadt landete Glauser in einem jordanischen Horrorgefängnis mit Blutspuren an den Wänden und 37 Gefangenen pro Zelle. Der Grund: Der Schweizer hat Allah und den König Abdullah „beleidigt“.

Während er bei der jordanischen Grenze stundenlang auf sein Visum wartete und von den Zöllnern schikaniert wurde, hat er „Scheiß-Islam“ vor sich hingemurmelt – damit war es um ihn geschehen.

Der *Blick* [berichtet](#):

Sofort verhafteten die drei Grenzer den Schweizer. „Auf dem Posten haben mich Polizisten vor ein Bild von König Abdullah II. von Jordanien gestellt“, so Glauser. „Dann sagten sie: Das darfst du nicht anschauen! Du hast Seine Majestät beleidigt!“

Glauser wird in das Qafqafa-Gefängnis nahe Amman gebracht. Andere Häftlinge quälen ihn. „Einmal hat mir einer auf einem Transport immer wieder seine Handschellen auf den Kopf geschlagen. Als ich mich beschweren wollte, schlug mir ein Aufseher den Gewehrkolben ins Gesicht. Ich verlor einen Zahn.“ ...

„Als zum ersten Mal die Zellentür hinter mir ins Schloss fiel, dachte ich noch: Wenigstens haben sie mich am Leben gelassen“, erzählt Glauser. Die nächsten 31 Tage durchstand

er Qualen. „In der Zelle klebte Blut an Wänden und Türen“, schildert der Thuner, „37 Häftlinge zusammengepfercht auf kleinstem Raum. Ich litt ständig Hunger und Durst. Ich hatte Angst, dass ich hier nie mehr lebend rauskomme.“ ...

Erstmals lässt man am 11. April eine Vertreterin der Schweizer Botschaft zu Glauser. „Was ich erfuhr, war schrecklich. Sie sagte, es ist ernst: Ich habe König Abdullah und den Islam beleidigt. Das könne bis zu zwei Jahren Gefängnis geben!“

Bis zur Gerichtsverhandlung erlebt Glauser Grauensvolles. „Ich sah, wie Menschen gefoltert wurden. Man hörte Schreie. Einer kam völlig blutig in die Zelle zurück. Ich fühlte mich so wahnsinnig allein und hilflos. Wie eine Maus im Katzenkäfig. Ich hatte furchtbare Angst.“

Am 7. Mai, einen Monat nach seiner Verhaftung, kommt Glauser auf Kaution frei. Noch am selben Tag organisiert die Botschaft seine Rückreise in die Schweiz. „Mein Leben ist nicht mehr wie vorher. Die Horror-Bilder aus dem Gefängnis gehen mir nicht mehr aus dem Kopf“, sagt der Thuner. „Ich werde vorläufig nicht mehr ins Ausland reisen.“

Jordanien wird im Westen oft als fortschrittlich und „moderat“ wahrgenommen, nicht zuletzt weil die Königin – eine Palästinenserin – sich (als eine der einzigen Frauen im Land) gerne unverschleiert zeigt.

Auf einer [Webseite](#), die für Urlaub in Jordanien wirbt, ist zu lesen:

Jordanien ist ein Land voller Kontraste und Vielfalt. Hier entwickelten sich schon vor Jahrtausenden verschiedene Hochkulturen, die teilweise auch einen kulturgeschichtlichen Einfluss auf unsere eigene Zivilisation hatten. Jordanien bietet auch heute noch viele verschiedene Einblicke in diese Zeit und man kann stumme Zeugen dieser großen Epoche

bewundern.

Wer sich mehr für die Moderne interessiert, wird in Jordanien sicher nicht enttäuscht werden. Man kann hier den jordanischen Charakter und die arabische Lebensart kennenlernen sowie einen Einblick in eine andere Gesellschaft bekommen.

Die Kontraste zwischen den Vorzeige-Luxushotels und den Gefängnissen sind in der Tat sehr groß. Die Hochkulturen, die sich in dem Land entwickelt haben, waren [nabatäisch](#), nicht „palästinensisch“. Auf den Einblick in die „arabische Lebensart und Gesellschaft“ hätte Glauser mit Sicherheit gerne verzichtet.

» [PI-Reiseführer Jordanien](#)